

Initiative gegen die massiven Verschlechterungen für neu eingestellte LehrerInnen in NRW

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die GEW unterstützt uns bei der Initiative gegen die angedrohten tiefen finanziellen Einschnitte bei der Vergütung neu einzustellender LehrerInnen infolge des ab 1.11.06 geltenden TV-L (Tarifvertrag-Länder). Dazu bitten wir euch mit eurer Unterschrift um solidarische Unterstützung.

Zum besseren Verständnis hier ein Überblick über die angedrohten Neuerungen:

Genese der Verschlechterungen – ein beispielhafter Überblick

EinE ledigeR LehramtsanwärterIn (ReferendarIn) erhält 2006 netto ungefähr dieselben Bezüge wie im Jahre 1997. Heute: 954,- €; 1997: ca. 1.800,- DM. Die Teuerungsrate oder gar die Preissteigerung im Zuge der Euroumstellung wurden nicht berücksichtigt.

Mit dem Versorgungsreformgesetz von 1998 wurden die Bezüge der LehramtsanwärterInnen überproportional abgesenkt. Im selben Jahr wurde der bedarfsdeckende Unterricht (BdU) eingeführt. Beides in Kombination brachte manche zu der Erkenntnis, dass von jenem Zeitpunkt an drei ReferendarInnen eine Lehrerstelle einsparen.

Hinzu kommt der Plan des Ministeriums für Schule und Weiterbildung (MSW), ab 1. Dezember alle ReferendarInnen nach Beendigung ihrer 2. Staatsprüfung bis zum Ende ihrer Ausbildungszeit zu weiteren 7 unbezahlten Wochenstunden "Ausbildungsunterricht" heranzuziehen.

Nicht nur ReferendarInnen sind betroffen!

- Ebenfalls 1998 wurde die Wartezeit für eine Versorgung aus dem Beförderungsamte von 2 auf 3 Jahre verlängert.
- Die linearen Besoldungs- und Versorgungsanpassungen wurden für die Jahre 1999 bis 2013 um jährlich 0,1 Prozent abgesenkt. Das bedeutet Einkommensverluste um 3 Prozent.
- Die Jubiläumszulage wurde gestrichen.
- Das Versorgungsänderungsgesetz von 2001 senkte die Höchstversorgung von 75 % auf 71,75 % mit Beginn 2003 ab.
- Zwei Jahre später legte das Besoldungs-/Versorgungsanpassungsgesetz Öffnungsklauseln zur Streichung des Urlaubsgeldes und Kürzung des Weihnachtsgeldes fest.

Das neue Schulgesetz beinhaltet unter anderem zentrale Abschlussprüfungen und Lernzielkontrollen. Entlastungsstunden sind nicht vorgesehen, was zu weiterer Arbeitsverdichtung aller Lehrerinnen und Lehrer bei gleich bleibenden oder sogar sinkenden Bezügen führt.

Und jetzt: ... der Hammer!

Speziell die KollegInnen, die zur Zeit den Vorbereitungsdienst (Referendariat) absolvieren, sehen sich in zweifacher Hinsicht mit extremen Einschnitten konfrontiert. Zum einen wird der alte BAT zugunsten des neuen TV-L ersetzt, was zu erheblichen Gehaltseinbußen führen wird. Zum anderen bedeutet die stillschweigende Aufhebung des sogenannten Mangelfacherlasses, dass die KollegInnen mit einem sogenannten Mangelfach nicht mehr – wie noch am 26. September 2006 auf der Homepage des MSW großspurig angekündigt – bis zum 45. Lebensjahr verbeamtet werden.

Die Werbung für den „Zukunftsberuf Lehrer“ (Zitat des MSW) beinhaltete die Aussicht auf Verbeamtung und entsprechende Besoldung. Jetzt, für viele kurz vor Beginn der Zweiten Staatsprüfungen, ist der Mangelfacherlass gestrichen worden. Künftig sollen die neu einzustellenden LehrerInnen über 35 Jahren ausschließlich nach den verschlechterten Bedingungen des TV-L bezahlt werden. Am Kölner Studienseminar betrifft dies beispielsweise 70% der LehramtsanwärterInnen!

Konkret bedeutet das für einen 40jährigen Familienvater, Dienstalder 37, 2 Kinder, Steuerklasse 3, 14% Krankenkassenbeiträge:

- ca. 2638 € Nettoeinkommen nach Verbeamtung A12, Stufe 3 unter Berücksichtigung der Jahressonderzahlung
- ca. 2298 € nach BAT III unter Berücksichtigung der Zuschläge, des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes
- ca. 1713 € nach TV-L Entgeltgruppe 11, Stufe 1

In diesem Beispiel-Fall heißt das:

- a) Wegfall von 25 Prozent der bisherigen - versprochenen! - Einnahmen,
- b) im Vergleich zu Beamten 35 % geringere Einkünfte und zu BAT III 25 % Gehaltseinbußen!

Was wir brauchen...

...sind kleinere, statt ständig größer werdende Lerngruppen. Die Arbeitsbelastung ist jetzt schon enorm.

...ist Entlastung statt zusätzliche Aufgabenbereiche. Die Zahl der fehlenden LehrerInnen ist von 10.000 im vergangenen Jahr auf 14.000 bis 16.000 im Jahr 2006 angestiegen (SZ, 25. Sept. 2006).

...sind Anreize für AbiturientInnen, den Lehrerberuf zu wählen.

...sind Neueinstellungen statt Maßnahmen, die die KollegInnen abschrecken, in den Schuldienst zu treten.

Das Thema Bildung ist spätestens seit PISA in aller Munde. Die Politiker sind sich nicht zu schade, Versprechungen zu machen und Forderungen nach Verbesserungen im Bildungswesen aufzustellen.

Wir sehen uns nun aber ganz konkret Verschlechterungen gegenüber! Daher kommen wir zu folgenden...

Forderungen:

- **Auch LehramtsanwärterInnen, die vor Inkrafttreten des TV-L das Referendariat begonnen haben, müssen nach dem in Aussicht gestellten BAT-Überleitungstarif vergütet werden!**
- **Weitere Verlängerung des Mangelfacherlasses!**
- **Anhebung der Verbeamtungshöchstgrenze auf das 45. Lebensjahr, wie in den meisten anderen Bundesländern auch!**
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! – Für die Angleichung der Bezüge von Angestellten und Beamten ohne Gehaltseinbußen!**
- **Anerkennung von einschlägiger Berufserfahrung, Vorbereitungsdienst und Unterrichtstätigkeit an Schulen vor dem Vorbereitungsdienst bei Einordnung in die Vergütungsgruppen!**
- **Die Versprechungen für eine Verbesserung der Bildung dürfen keine leeren Worte bleiben!**
- **Kleinere Klassen und Neueinstellung von LehrerInnen!**

Wir haben gegen den angedrohten Kahlschlag nicht nur eine Unterschriften-Aktion initiiert, sondern auch sämtliche Studienseminare in ganz NRW von den Neuerungen in Kenntnis gesetzt und gebeten, die Initiative zu unterstützen.

Darüber hinaus sind Petitionsverfahren geplant sowie Aktionen, die die Öffentlichkeit über das unverschämte Vorgehen der Landesregierung aufklären sollen. Ein Höhepunkt wird die Beteiligung von ReferendarInnen an der Demonstration gegen Sozialabbau am 21. Oktober in Dortmund sein.

Wir rufen alle KollegInnen auf, sich solidarisch zu zeigen und an der Initiative zu beteiligen!

Für die Ausweitung dieser ersten Aktionen sind wir jederzeit offen! Schließlich betrifft es nicht nur zukünftige, sondern z.B. auch die bereits angestellten LehrerInnen. Von den Auswirkungen auf den Schulalltag, einer weiteren Verschlechterung der Bildungslandschaft und den damit absehbaren Folgen für SchülerInnen und Eltern ganz zu schweigen.

Verbreitet die Informationen und die Unterschriftenlisten, sorgt dafür, dass letztere bis zum 30.11.06 ausgefüllt wieder an die angegebene Adresse zurückgesandt werden. Beteiligt euch an der Demo gegen Sozialabbau am **21. Oktober 2006**. Busse fahren kostenlos um 9.00 Uhr am Hans-Böckler-Platz/Bahnhof West in Köln ab!

**Mit kollegialen Grüßen,
eure Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter**